

# Erzähler vom Westerwald

## Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten  
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage  
Illustriertes Sonntagsblatt.  
Aufschrift für Drahtnachrichten:  
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für  
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.  
Druck und Verlag der Buchdruckerei  
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

Nr. 239 Bezugspreis: vierteljährlich 2 70 M.,  
monatlich 90 Pfg. mit Bringerlohn; durch die  
Post 2 55 M. bezug 85 Pfg. ohne Bestellgeld

Während des Krieges müssen die Freilagen wegfallen.  
Hachenburg, Freitag den 11. Oktober 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus)  
die sechsgepaarte Zeile oder deren  
Raum 30 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg. 11 Jahrg.

### Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

10. Oktober. Andauer der Schlacht zwischen Cambrai  
Et Orentin. Cambrai von den Deutschen geräumt. —  
Östliche Angriffe in der Champagne gescheitert. — Auf dem  
Maasufer wurde der Feind bei Etorv abgeschlagen.  
Beaumont scheiterte der feindliche Ansturm vor dem  
österreichisch-ungarischer Jäger und rheinischer  
Infanterie.

### Was fordert Wilson?

Die Antwortnote des Präsidenten Wilson, die drei  
Wochen enthielt, hat die deutsche Regierung vor eine  
neue Entscheidung gestellt und es wird gut sein, wenn  
der ganze Volk sich geschlossen hinter die neue Re-  
gierung stellt, die jetzt in Gemeinschaft mit den militärischen  
Mächten mit der Beratung des vielleicht für Deutsch-  
lands Geschichte wichtigsten Dokumentes beschäftigt ist.  
Am unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Wilsonschen  
Antwort hatte W. T. B. gemeldet, der Text der Note  
sei, daß weitere Erklärungen der deutschen Regierung  
wenig wichtig sein werden und die halbamtliche Nordd.  
Presse, Stg. schreibt, sie habe Grund zu der Annahme,  
daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes er-  
warten wird.

Es wird nötig sein, sich noch einmal die Forde-  
rungen des Präsidenten ins Gedächtnis zurückzurufen.  
werden wahrscheinlich noch oft die Grundlage  
politischer Erörterungen bilden und sie zu kennen ist  
jedem Deutschen schon deshalb besonders wichtig, weil  
aus ihrer Gesamtheit ein wenn auch noch nicht seltum-  
liches Bild des Friedensgewinners kann, den wir ge-  
winnen können. Wilson wünscht zunächst in  
seiner Antwort Auskunft darüber, ob der Reichskanzler die  
Forderungen, die vom Präsidenten in seiner Botschaft an den  
Kongress vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften  
angegeben sind, annimmt, oder ob er sich erst in der  
Handlung über die praktischen Einzelheiten ihrer An-  
wendung zu verständigen gedenkt.

Die Botschaft vom 8. Januar war jenes Dokument,  
das Wilson die berühmten 14 Punkte angefügt hat.  
Wesentlichste verlangte er damals: Alle Friedens-  
verträge müssen öffentlich sein, alle Geheimdiplomatie müsse  
aufgehoben werden, Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere,  
Abkündigung aller wirtschaftlichen Schranken, Gleichheit der  
Wirtschaftsbeziehungen, Herabsetzung der Rüstungen auf ein  
vernünftiges Maß, Schlichtung aller kolonialen Ansprüche unter  
Berücksichtigung der Interessen der Eingeborenen, Räumung  
des ganzen russischen Gebiets, Räumung  
Belgiens, Wiederaufbau Belgiens, Räumung des  
französischen Gebiets, Das Unrecht an  
Belgien soll wieder gutgemacht werden,  
Berichtigung für Italien nach Maßgabe seiner natio-  
nalen Ansprüche, Gelegenheit einer autonomen Entwick-  
lung für die Nationalitäten Österreich-Ungarns, Räumung  
Rumänien für Rumänien, Serbien und Montenegro,  
Freie Durchfahrt durch die Dardanellen, Ein-  
ständiges Polen, das alle ungewissheit polnischen  
Volk umfaßt und einen Zugang zur See erhält, Grün-  
dung einer allgemeinen Vereinigung der Nationen zum  
Zweck gegenseitiger Garantieleistung.

Am 12. Februar hat dann Wilson diese 14 Punkte  
aufstellung vier weiterer Punkte ergänzt. Danach  
1. jeder Ausgleich so beschaffen sein, daß er einen  
wahren Frieden herbeiführt, 2. Völker und Provinzen  
nicht von einer Staatshoheit in eine andere herum-  
geworfen werden, 3. muß jede Lösung einer Gebiets-  
frage durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Inter-  
esse zugunsten der betroffenen Bevölkerung und nicht  
eines bloßen Ausgleichs der Ansprüche rivalisie-  
render Staaten getroffen werden, und 4. sollen alle Nor-  
den nationalen Ansprüche die weitgehendste Be-  
friedigung finden. Es darf dabei aber nicht eine neue,  
die Vereinigung aller Elemente von Jenseit  
Vergewaltigung entstehen, die den Frieden Europas und  
der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören.  
Am Feste Washingtons, am 6. April, sprach dann  
Wilson über die Kriegsziele Amerikas. Als das erste  
Ziel er vernichtete jeder Willkür und Macht,  
allein und heimlich den Frieden der Welt  
herzustellen, oder wenigstens ihre Herabdrückung zur  
Welt auto. "schlossigkeit". Dann verlangte er die  
Herabdrückung der Fragen, sowohl der territorialen wie der  
nationalen, durch das Volk. Er forderte die  
Herabdrückung vor dem Recht. Er erwähnte  
das russische und die Schaffung einer Friedens-  
konferenz hier noch me. Der Präsident am 27. Sep-  
tember Österreich immer. Der Rede zur dritten Kriegs-  
konferenz "rühm". Mittel zur Sicherung eines  
Völkerbundes, in dem es keine  
wirtschaftlichen oder politischen  
wird, und der seine Mitglieder  
wird, vielleicht werden. Die  
bedanken haben. Die  
wird in Scherben zer-

### Die Tage der Reise

bringen dem Landwirt Arbeit, aber auch er-  
tragreiche Ernte. Umsonst wäre seine Mühe,  
wenn der Feinde Uebermacht siegte. Der  
deutsche Bauer von echtem Schrot und Korn  
darf nicht gleichgültig  
bleiben, wenn deutscher  
Heldentat gutem Ertrag  
beschieden sein soll. Deut-  
scher Bauer, Sorge bei der  
Kriegsanleihe für eine reiche  
Ernte deutscher Tatkraft.



über deren Gesamtheit der Präsident genauer die Meinung  
der deutschen Regierung erfahren will.

In seiner großen Reichstagsrede und in seiner Note  
an Wilson hat der Reichskanzler Prinz Max von Baden  
erklärt, daß Wilsons Forderungen zur „Grundlage“ der  
Verhandlungen dienen sollen. Wohlgerichtet der Verhand-  
lungen! Die Befürchtungen mancher Kreise sind deshalb  
ebenfalls gegenstandslos, als die Hoffnungen der Polen  
phantastisch sind, die nun plötzlich ein Polenreich von  
Danzig bis Triest entstehen sehen. Und wenn hier und  
da gar der Gedanke laut wird, es handele sich nur  
um Unterwerfung unter bereits punktierte Friedens-  
bedingungen, so trifft das natürlich nicht zu. Die halb-  
amtliche Erklärung sagt ja auch ausdrücklich, eine „Weiter-  
führung“ der Friedensschritte würde sich ermöglichen. Was  
die Frage der Räumung der besetzten Gebiete in Frank-  
reich und Belgien vor dem Waffenstillstand betrifft, so ist  
sie rein militärischer Natur und damit der Erörterung  
entzogen. Wir dürfen sicher sein, daß die Reichs-  
regierung im Verein mit der Obersten Heeres-  
leitung die Frage eingehend prüfen und nach sorg-  
fältiger Erwägung beantworten wird. Wenn schließ-  
lich Wilson fragt, ob der Kanzler nur für je-  
den Gewalttätigen, die bisher den Krieg geführt haben,  
und damit sein Mißtrauen gegen diese Gewalttätigen zur  
Ausdrückung bringen will, so muß mit allem Nachdruck darauf  
verwiesen werden, daß sich das deutsche Volk, das in  
seiner Gesamtheit den Krieg geführt hat, nie so weit er-  
niedrigen wird, um von den Männern abzurufen, die bis-  
her den Krieg geleitet haben. Mühen wir den Krieg  
weltpolitisch und nationalpolitisch verlieren, so wäre  
das schlimm, aber wir vertrauen, daß wir Kraft  
und Mut haben, um die Schwarte auszuweichen. Unbeilbar  
aber wäre der Schaden, wenn wir den Krieg moralisch  
verlieren, indem wir unsere Führer im Stich lassen, ihnen  
die Schuld an der erschütternden Tragödie unseres Vater-  
landes aufhieben, um bei unseren Feinden glimpflich  
davonzukommen.

Jeder Deutsche weiß, daß wir erst ganz und  
für immer verloren sind, wenn wir den Krieg ab-  
schließen mit einer Untreue gegen jene Männer, die  
wir durch die Jahre des Erfolges als unsere Heiden be-  
trachtet und verehrt haben, jeder Deutsche weiß aber auch,  
daß wir nur leben können, wenn wir, wenn auch unter  
Opfern, einen Frieden mit Ehren schließen können.

Die Beratungen über die Antwort an Wilson haben  
am 10. Oktober nach dem Eintreffen der Note des Präsidenten  
begonnen. Zunächst sind in Gegenwart des Ersten General-  
quartiermeisters Ludendorff einige Vorträge gehalten  
worden. Der Beratungen wohnten alle Mitglieder des  
Kriegsanleiheausschusses, also auch die Staatssekretäre ohne  
Ausnahme bei. Die eigentlichen Beratungen über die  
Antwort an Wilson haben am Donnerstag vormittag be-  
gonnen. Sie werden vermutlich zwei Tage in Anspruch  
nehmen. — Der Reichstag wird erst Mitte nächster Woche  
zusammenberufen werden.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

+ Eine Reform des sächsischen Landtagswahlrechts  
ist in einer Beschlusse des Ministeriums unter Vorsitz  
des Königs beschlossen worden. Das Ministerium des  
Inneren ist mit der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage  
beauftragt, die das bestehende Landtagswahlrecht zur  
Zweiten Kammer durch ein solches auf breiterer Grund-  
lage ersetzen soll. Die letzte Reform des sächsischen Land-  
tagswahlrechts war im Jahre 1909 vorgenommen worden.  
Das Wahlrecht baute sich danach auf Besitz, Bildung, Alter  
und Einkommen auf. Konservative, Liberale und Sozial-  
demokraten sind gegenwärtig ungefähr gleich stark in der  
Kammer vertreten.

+ Über die Salzburger Wirtschafts-Verhandlungen  
wird von unterrichteter Seite gemeldet: Die Besprechungen  
zwischen den deutschen und den österreichisch-ungarischen  
Delegierten waren schon zu einem ziemlichen Abschluß  
gekommen, als auf den Wunsch der Parteien die Verhandlungen

unterbrochen wurden. Diese Unterbrechung soll aber nur  
einen vorläufigen Abbruch, nicht den Abbruch der Ver-  
handlungen bedeuten. Die deutschen Delegierten werden  
in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren, die  
österreichisch-ungarischen in ihre Heimat. Es ist aber nicht  
unwahrscheinlich, daß nach der staatsrechtlichen Umbildung  
Österreich-Ungarns, die als bevorstehend anzusehen ist, die  
Besprechungen auf einer neuen Grundlage wieder auf-  
genommen werden.

#### Polen.

\* Die Neubildung des Kabinetts, die so gut wie  
vollzogen war, ist in letzter Stunde erneut gescheitert.  
Ministerpräsident Ruzarszewski hat an den Regentenschafts-  
rat ein Schreiben gerichtet, in dem er um sofortige Ent-  
hebung von der Stellung des Premierministers und um  
gleichzeitige Entbindung von dem Auftrage, ein neues  
Kabinett zu bilden, bittet. Der Ministerpräsident kündigt  
ferner ein ausführliches Schreiben über die Gründe für  
seinen Rücktritt an und erklärt sein Ersuchen damit, daß  
er nicht wolle, daß seinerwegen irgendein Ausschub in der  
Bildung des neuen Kabinetts eintrete. Ruzarszewski fügt  
hinzü, daß sein Entschluß unwiderruflich sei.

#### Bulgarien.

\* Das Land steht nunmehr unter der Kontrolle des  
Verbandes. Verkehrsweisen und öffentliche Einrichtungen  
unterstehen einer Entente-Kommission und es werden bereits  
Schritte unternommen, um die strategisch wichtigen Punkte  
zu besetzen. Am Donnerstagabend hat der letzte deutsche  
Soldat die bulgarische Hauptstadt verlassen. Für die Nacht  
wurde der Einzug eines französischen Regiments erwartet.  
Da von diesem Augenblick an auch die Verbindung zwischen  
Berlin und Sofia unterbrochen sein wird oder doch nur  
unter französischer Kontrolle möglich wäre, hat auch der  
deutsche Gesandte Sofia verlassen und den Schutz der  
deutschen Interessen der holländischen Gesandtschaft über-  
tragen.

#### Aus In- und Ausland.

Berlin, 10. Okt. Die deutsch-konservative Fraktion des  
Reichstags hat den Antrag gestellt, zur Besprechung der  
Wilson'schen Antwort auf das deutsche Friedensangebot vom  
8. Oktober sofort eine Sitzung des Reichstags ein-  
zuberufen.

Berlin, 10. Okt. Das Abschiedsgesuch des Staatssekretärs  
des Kriegsernährungsamtes v. Baldow ist entgegen anderen  
Nachrichten, noch nicht genehmigt. Es ist möglich, daß Herr  
v. Baldow im Amte bleibt.

Neustettin, 10. Okt. Die Reichstagswahlwahl im  
hiesigen Wahlkreise ist auf den 8. November festgesetzt. Ein  
Kandidat ist bisher von keiner Partei aufgestellt worden.

München, 10. Okt. Die Bayerische Abgeordneten-  
kammer tritt am 16. Oktober zusammen.

Moskau, 10. Okt. Pressmeldungen zufolge soll der bevor-  
stehende Amnestieerlass alle Mitglieder der sozialistischen  
Partei einschließen, sowie diejenigen, die nicht nachweislich an  
der Weißgardistenverschwörung beteiligt waren, auch die  
meisten Menschewiken und einen Teil der rechten Sozial-  
revolutionäre.

Warschau, 10. Okt. Der Regentenschaftsrat hat an den  
Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er die An-  
kündigung der Okkupationseinschränkung mit Befriedigung  
begrüßt und den Wunsch ausdrückt, dem Kanzler möge es  
gelingen sein, dem deutschen Volk einen dauernden, ehren-  
vollen Frieden zu sichern.

Genf, 10. Okt. Infolge seiner erschütterten Gesundheit ist  
Caillaux in die politische Abteilung des Gefängnisses über-  
geführt worden.

Madrid, 10. Okt. Die Ministerkrise ist beendet. Mit  
Ausnahme des Unterrichtsministers bleibt das ganze Kabinett  
im Amte.

Amsterdam, 10. Okt. Wie aus Petersburg gemeldet wird,  
ist der ehemalige Ministerpräsident General Trepow, der  
frühere Polizeidirektor von Petersburg, erschossen worden.

### Die Königswahl in Finnland.

Prinz Friedrich Karl von Hessen gewählt.

Helsingfors, 10. Oktober.

Nach einer geheimen Sitzung, die gestern von 1 Uhr  
mittags mit kurzer Unterbrechung bis 9 Uhr abends  
dauerte, ist der Landtag auf Grund von § 38 der  
Verfassung von 1772 zur Königswahl geschritten.  
Die Wahl erfolgte durch Akklamation, indem die  
Abgeordneten sich von ihren Sitzen erhoben. Die Agrarier  
und einige wenige Republikaner beendeten durch Eigen-  
bitten, daß sie an der Wahl nicht teilnahmen. Durch  
diesen Beschluß des Landtages ist Prinz Friedrich Karl  
von Hessen zum Könige von Finnland gewählt und die  
Thronfolge seiner Nachkommen festgesetzt. Das Landtags-  
presidium wurde beauftragt, die sich aus diesem Beschluß  
ergebenden Maßnahmen zu treffen.

Das finnische Volk hat durch seine berufenen Ver-  
treter mit der Königswahl einen außerordentlich wichtigen  
Schritt getan, der um so bemerkenswerter ist, als der  
Landtag mit seiner demokratisierenden Tendenz hier eine  
entgegengesetzte Strömung gezeigt hat. Für uns ist die  
Wahl von besonderer Bedeutung, weil sie auf einen  
deutschen Fürsten, den Schwager des deutschen Kaisers,



Stellen. — Die Engländer haben vorwiegend Tanks. Ihre großen Tanks sind älteren Datums, aber auch neuere große. Außerdem haben die Engländer noch Beförderungswagen, um die Infanterie zu verfrachten.

Stammung kann nicht erzwungen werden. Die Wattenwolfe ist in der „Bürcher Post“ fest. Die Ententeherren den deutschen Rückzug aus Frankreich und Belgien mit Waffengewalt erzwingen diese Länder für lange Zeit hinaus dem Krieg überfallen würden, auch solche, die unter dem Krieg verhältnismäßig wenig gelitten haben. Es sei dabei ungerecht, die aus Kriegshandlungen entstehenden Schäden einseitig den Deutschen zur Last zu legen.

Der Schweizer Oberst, der St. Quentin vor dem Frühjahr befehligte, kann nicht verstehen, was die Deutschen heute angeblich noch erwünschten sollten, nach dem damals schon St. Quentin eine Trümmerstätte ganz ähnlich seien die Verhältnisse in Cambrai. St. Quentin, jetzt aber wieder wochenlang den Angriffen und dem Beschützer der Anarchisten ausgesetzt. Weder Nachbedrohung auf Wiedererzählung an den Städten noch Selbstentzündungen in der Nähe. Ob es könnten das vom Krieg überreichte Gebiet zu heilen.

### Kriegspost.

Dresden, 10. Okt. Der sächsische Generaloberst v. Kirchbach seit Beginn des Krieges im Felde steht und eine Abtheilung im Osten führt. Er behält aber seine Stellung als Adjutant des Königs von Sachsen.

Amsterdam, 10. Okt. Sir Erik Geddes, der Erste Lord der Marine, ist mit einer Marinebesandtschaft in London angekommen. Zu seiner Begrüßung gab Präsident Wilson im Weißen Hause ein Essen.

### Oertliche und Provinznachrichten.

Sachsenburg, 11. Oktober.

Erziehung der Kriegsbeschädigten zu Selbstthätigkeit. Die Kriegsbeschädigten wollen wieder, ganz wie die gesunden, vollwertige Glieder der Gesellschaft sein, die von den Gesunden möglichst wenig unterscheiden. Sie im öffentlichen Verkehr nicht auffallen und nicht schamhaft werden, alle Verrichtungen des täglichen Lebens so wie andere gesunde Menschen und möglichst in die Augen fallende besondere Hilfsmittel vermeiden. All das löst sich weit leichter erreichen, wenn man allgemein annimmt. Die Ärzte und Pfleger sind demgemäß — bei aller Hilfsbereitschaft am Anfang an bemüht, die Verwundeten, die ein oder zwei Glieder oder doch seine Gebrauchsfähigkeit ganz teilweise eingebüßt haben, zu möglichstster Unabhängigkeit von fremder Hilfe anzuleiten. Was es dem gedanklichen Bewußtsein auch manchmal unheimlich erscheinen mag, die Kriegsbeschädigten ermuntern, sich selbst zu helfen, ist ein sehr wichtiger Teil der Erziehung zur Selbstthätigkeit in seinem Interesse liegt. Zu Hause stellen sich seinem Streben vielfach größere Hindernisse in den Weg. Dort sind meist alle: Frau, Eltern, Schwester und sonstige Verwandte — zweifellos in bester Absicht — bemüht, dem Kriegsbeschädigten alle Tätigkeiten abzunehmen, die ihm vielleicht Schwierigkeiten bereiten. Daher der alte Seelenkummer wieder aufleben lassen. Sie täuschen den Kriegsbeschädigten aber so nur kurze Zeit über den nicht mehr zu ändernden Verlust hinweg, und um so schwerer ist, dann die Enttäuschung, wenn das Verheißene nicht eintrifft, wenn der Kriegsbeschädigte einmal selbständig sein will, z. B. wenn er allein verheiratet werden möchte, die mit Kriegsbeschädigten in engere Berührung kommen, ihrem Streben zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit Verständnis entgegenbringen und es ihnen erleichtern.

Nerven behalten! Wenn schon die Mahnung „Nerven behalten!“ im Privatleben für jede ernste Entscheidung gilt, so hat sie im Leben der Staaten noch viel größere Bedeutung. Das deutsche Volk, das in den letzten Jahren sich entschlossen die furchtbare Last des Krieges — im Feld und in der Heimat — auf sich hat, darf in diesen Augenblicken, die nicht nur sein Schicksal, über Krieg und Frieden, sondern auch das Schicksal der europäischen Kultur entscheiden, die innere Festigkeit nicht verlieren. Es ist nur zu wünschen, daß allüberall der deutsche Friedensschritt und die moralischen Folgen im guten und bösen beiprochen wird, erlaubt aber nicht das damit den wildesten und — wie verständlich — auch den tödlichsten Gerüchten Tor und Thür öffnet. Wir können abwarten, wie die Antwort des Auslandes und seiner Verbündeten auf das deutsche Friedensangebot ausfallen wird. Die eiserne Mauer im Westen ist ungestört und ruhig verläßt der Werktag mit der heiligen Arbeit bei uns im Lande. Eine unnötige Bewegung, erzeugt durch lächerliche und zum Teil wohl bewußt zur Untergrabung der Volkstimmung ausgesetzte lügenhafte Gerüchte, kann uns im Inlande wie im Auslande nur Schaden und muß den Krieg verlängern. Die Feinde aus der Nervosität des deutschen Volkes auszulaugen werden, sie könnten unter Deut und zertrümmern. Wir dürfen nie vergessen, daß ein Volk, das sich nicht selbst behaupten kann, sehr geschickter Zweig der feindlichen Kriegführung in der Untergrabung der öffentlichen Meinung in Mitteleuropa besteht. Wir bekämpfen diese zerstörende Maulwurfsarbeit, wenn wir kaltes Blut bewahren und mit der Vernunft alle Gerüchte, woher sie auch stammen, zertrümmern. Heute heißt es mehr denn je: Nerven behalten!

Die Notlage kaufmännischer Betriebe in unserem Wirtschaftsleben. Das russische durch eine Reihe einschneidender Maßnahmen und ein Vergrößerung wurde, veranlaßt den russischen Reichsminister, und Hesse-Nassau in Hanja. Die russische Wirtschaftsgemeinschaft auf einer Hansa- und Deutschland am 20. Oktober vormittags in Berlin. Die Notlage kaufmännischer Betriebe in unserem Wirtschaftsleben. Heute heißt es mehr denn je: Nerven behalten!

Generalsekretär A. Baum Frankfurt wird die „Kalkulation des Kaufmanns“ nach den neuesten Kriegsgesetzen besprechen. Eine freie Aussprache schließt sich an beide Vorträge an. Zutritt zu der Veranstaltung haben alle Mitglieder des Handelsbundes, der in unserem Wirtschaftsreich etwa 10000 Kaufleute, Gewerbetreibende und Angestellte umfaßt.

Postalisches. Vom 11. bis 13. Oktober werden Wertpakete nach Berlin und Charlottenburg an den Postanstalten nicht angenommen. — Wegen Verkehrserschwerungen auf dem Balkan ist die Annahme von Paketen nach Bulgarien und der Türkei vorübergehend gesperrt worden.

Höchstend, 10. Okt. Mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet wurde der Militär-Krankenwärter Friedrich Otto von hier, der jetzt bei einem Feldlazarett tätig ist. Der Ausgezeichnete, der früher bei der Infanterie stand, ist bereits Inhaber des Verwundetenabzeichens.

Altentkochen, 10. Okt. Die Kartoffelhöchstpreise sind vom 7. Oktober 1918 ab folgende: für rotfleischige Kartoffeln 6,25 Mt., für gelbfleischige Kartoffeln 6,75 Mt. der Zentner bei Lieferung durch den Erzeuger frei Haus.

Frankfurt a. M., 10. Okt. Unter der Leitung des Vorsitzenden Detlev D. Schnutt-Höchst o. M. fand am Sonntag im Gemeindebau der Markuskirche der diesjährige Abgeordnetentag des Mittelrheinischen Verbandes Evangelischer Arbeitervereine statt. Nach den üblichen Begrüßungen und der Beglückwünschung des Vereins Bodenheim zu seinem 25jährigen Jubiläum beschäftigte sich die Tagung mit Kassenangelegenheiten, der Haftversicherung und der Ausgestaltung des Verbandsorgans. Die Sterbekasse erlediigte 25 Todesfälle gegen 46 im Vorjahr, Anträge zur Volksversicherung liefen im Berichtsjahr 236 ein. In langem Meinungsaustausch beriet man schließlich über die Anstellung eines Generalsekretärs im Gesamtverbande. Die Berufung eines solchen wurde einstimmig gewünscht, doch soll vorher ein genauer Finanzplan zur Durchführung des Planes vorgelegt und ein engerer Ausschuss mit der nochmaligen gründlichen Durcharbeitung der wichtigsten Angelegenheit betraut werden.

Köln, 10. Okt. Am 9. Oktober um 7 Uhr 15 Minuten vormittags fuhr der von Erdoz kommende Personenzug 515 auf den vor der Station Jünkerath haltenden Militärurlauberzug 27 auf, weil er Fahrerlaubnis erhalten hatte, ehe die Rückmeldung über das Freisein der Strecke eingetroffen war, und weil starker Nebel die Aussicht behinderte. Von dem Militärurlauberzug wurden 16 Militärpersonen getötet, zehn schwer und etwa 30 leicht verletzt.

### Nah und Fern.

Staatsprüfung des Prinzen August Wilhelm. Der Minister des Innern und der Finanzen haben an den Kaiser telegraphiert, daß Prinz August Wilhelm von Preußen nach Anzeige der Prüfungskommission die große Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst mit dem Prädikat „Vollkommen befriedigend“ bestanden habe.

Rund 100 000 Besucher auf der Leipziger Herbstmesse. Wie das Leipziger Merkmal mitteilt, sind zur Herbstmesse 1918 rund 93 000 Besuche für die Fahrpreisermäßigung ausgestellt, so daß mit denjenigen Besuchern, die die Fahrpreisermäßigung nicht in Anspruch genommen haben, auf eine Gesamtzahl von rund 100 000 auswärtigen Besuchern geschlossen werden muß, gegen 75 000 zur letzten Herbstmesse und 40 000 zur Herbstmesse 1917. Das ist eine Zahl, der keine ähnliche Veranstaltung etwas an die Seite zu setzen hat.

Der Ordensdiebstahl im Münchener Armeemuseum ist aufgeklärt. Zwei Gauner haben einen Kriegsinvaliden, der als Hilfsarbeiter im Museum angestellt war, durch Zahlung von 800 Mark veranlaßt, den Diebstahl auszuführen. Die wertvollen Gegenstände wurden dann den Gaunern ausgehändigt. Über den Verbleib der Orden und der beiden Verbrecher ist noch nichts bekannt.

120 Milliarden preussisches Privateigentum. Nach den Erhebungen über die Ergänzungsteuerpflichtigen in Preußen für 1917 wurden 1 980 807 Ergänzungsteuerpflichtige, also Personen, die über 6000 Mark Vermögen besitzen, festgestellt. Ihr Reinvermögen, das sich nach Abzug der Schulden vom Rohvermögen ergibt, bezifferte sich 1917 auf 118,6 Milliarden, gegen 115,3 Milliarden im Jahre 1914. Berücksichtigt man, daß hierzu die große Zahl derer kommt, die nicht mehr als 6000 Mark Vermögen besitzt und ferner alle die, denen die Steuer vorübergehend erlassen wurde, so ergibt sich für Preußen ein Privateigentum von über 120 Milliarden Mark.

Ein Bruder auf der Jagd erschossen. Bei einer in Niederwürschitz bei Lugau abgehaltenen Rebhühnerjagd hatte einer der Jäger das Unglück, mit einem Schuss seinen eigenen Bruder, den Malermeister und Gemeindeporkbeher Marbach, so unglücklich zu treffen, daß dieser nach kurzer Zeit verstarb.

Ein teurer Fidius. Bei Münster in Westfalen benutzte ein Arbeitsmann in hastiger Eile zum Feueranmachen verheerend einen Fünfsigmarke. Als seine Frau in der Küche erlitten, war der Schein bereits verbrannt.

Widerpenstige Bauerweiber. In Simbach am Inn (Niederbayern) ist wieder ein Mühlenkontrollleur in Ausübung seines Dienstes von einer Weiberchar und einem Mann überfallen und schwer mißhandelt worden. Die Weiber kreuzten ihm Sand in die Augen, entrißen ihm die Wäsche und verprügelten den Beamten.

Ein junger Erfinder. Der 18jährige Erfinder Arthur Bürger in Rahlitz ist in Anerkennung seiner großen Leistungen auf dem Erfindungsgebiet vom Verein deutscher Erfinder e. V. zum Ehrenmitglied ernannt worden, nachdem der genannte Verein ihm bereits im Juni dieses Jahres ein Ehrendiplom für seine Tätigkeit überreicht hatte.

Sonderbares Hochzeitspaar. In Waldkirchen fand

eine eigenartige Trauung statt. Die Braut, die zum Altar geführt wurde, ist 76 Jahre, der Bräutigam — 21 Jahre alt; sie konnte also gut die Urgroßmutter ihres Gatten sein. Die eheliche Verbindung scheint mehr ein Akt der Wohlthätigkeit gewesen zu sein; denn der junge Ehemann war von der reichen Bäuerin aufgezogen worden und zuletzt als Knecht bei ihr tätig. Um ihm nun ihr Hab und Gut zuzuwenden, hat ihn die alte Frau einfach geheiratet.

30 000 Mark aus einem Eisenbahnpostwagen gestohlen. Aus einem von Konitz nach Zempelburg fahrenden Eisenbahnzug ist aus dem geschlossenen Postwagenabteil eine an das Postamt Ramin gerichtete Wertliste mit 30 000 Mark in Papiergeld geraubt worden. Die Scheibe des Wagenfensters fand man zertrümmert. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Die Cholera in Petersburg. Den neuesten in Stockholm eingetroffenen Nachrichten zufolge hat die Choleraepidemie in Petersburg durchaus nicht nachgelassen, sondern fordert nach wie vor unzählige Opfer. Die Toten werden ohne Särge und ohne geistlichen Beistand begraben. Man befördert sie auf den elektrischen Bahnen und vergräbt sie auf den Kirchhöfen mit Kalklösung, worauf sie gemeinsam begraben werden.

Ein Schauspielersstreik. Dienstag mittag 12 Uhr verließen die Schauspieler sämtlicher Privatbühnen in Wien die Proben, um in den Streik zu treten. Nachmittags fand bei dem Polizeipräsidenten zwischen einer Abordnung der Direktoren und Delegierten des österreichischen Bühnenvereins eine Ausgleichsverhandlung statt, mit einem so glücklichen Erfolge, daß den Künstlern, die überall in der Nähe ihrer Theater den Ausgang der Beratung über die Sogenerhöhung erwarteten, rechtzeitig das Signal zum Wiederbeginn der Arbeit gegeben werden konnte.

Ein Bankbeamtenstreik brach am 1. Oktober in Zürich aus. Der Streik hatte starke Wirkung. Er fiel gerade in den Quartalswechsel, wo die Störung der Bankbetriebe eine Störung des gesamten Geldverkehrs zur Folge hatte. Dann aber griff auf Verlangen der Züricher Arbeiter-Union die Arbeiterkassette ein. Am 2. streikten fast alle Betriebe, die Straßenbahnen fuhren nicht, die Zeitungen wurden nicht gedruckt. — Die Banken gaben, auf Drängen der Regierung, nach. Die Beamten erhalten allgemein die Gehälter, die bei der Kantonalbank, die in dieser Hinsicht vorgegangen war, eingeführt sind. Maßregelungen werden nicht vorgenommen.

36 Zigarettenfabriken in der Schweiz geschlossen. 10 Zigarettenfabriken in Chiasso haben wegen Rohstoffmangels den Betrieb geschlossen. Auch die übrigen 26 Zigarettenfabriken des Kantons Tessin werden noch im Laufe dieses Monats folgen.

Die Bahnverbindung mit dem Balkan. Der Balkanzug wird Berlin wie gewöhnlich verlassen, jedoch in Anbetracht der unsicheren Verkehrsverhältnisse in Bulgarien voraussichtlich nur bis Risch durchgeführt werden können. Es wird wahrscheinlich möglich sein, die Reisenden von Risch aus in Lokalzügen nach Sofia und Konstantinopel weiter zu befördern.

Ein Entkleidungsdekret. Die russische Sowjetregierung hat ein neues Dekret erlassen, demzufolge jeder russische Bürger nur einen Anzug, nur ein Paar Stiefel und nur zwei Hemden besitzen darf. Alles übrige wird beschlagnahmt und von der Sowjetregierung dem Volke „im Bedarfsfalle“ zum Verbrauch ausgeliefert.

Große Zechenfälschung. Ein riesiger Schwindel wurde in Brüssel verübt. Es handelte sich um einen Vorbesten von 287 000 Mark, der von Unberechtigten erhoben und zum großen Teil nach Paris in der Lausitz gebracht wurde. Hier soll das Geld vertrieben gehalten werden. Neben dem Schwindel sind ein früherer Wertführer Louis und ein Kontorist Weber, die beide in Brüssel bei einer Reichsstelle beschäftigt waren, beteiligt. Beide wurden verhaftet, verweigern jedoch die Auskunft, wo sie das erzwundene Geld vertrieben haben.

### Dunke Tages-Chronik.

München, 10. Okt. Die Wohnungsnot in der bayerischen Hauptstadt ist groß geworden, daß der Magistrat öffentlich von dem Zuzug nach München abtrat.

Essen, 10. Okt. Vier stiechen zwei mit Arbeitern besetzte Straßenbahnwagen zusammen. Vier Arbeiter wurden getötet, 26 schwer verletzt.

Düsseldorf, 10. Okt. Der bekannte Dauerfabriker Peter Gänther, der am Sonntag beim Radrennen stürzte, ist an den Folgen dieses Sturzes gestorben.

### Welt und Wissen.

Krebsforschung während des Krieges. Trotz des Krieges sind die wirtschaftlichen Arbeiten zur Bekämpfung über Ursachen und Verbreitung der Krebskrankheiten fortgesetzt und aus dem hierfür in Preußen vorhandenen Staatsmitteln an geeignete Forscher Beihilfen gegeben worden. Mit Unterstützung dieser Mittel wurde eine Reihe von Schriften zum Zwecke der Aufklärung bearbeitet und verbreitet.

Amerikanische Radiostationen. Die Reihe großer drahtloser Radiostationen, deren Errichtung 1912 durch den Kongress der Vereinigten Staaten beschlossen wurde, ist jetzt durch die Inbetriebnahme der Cavite-Station auf den Philippinen vollendet worden. Die einzelnen in Betracht kommenden Stationen sind Arlington im Staate Washington, Darien am gleichnamigen Golf, San Diego in Kalifornien, Pearl Harbour auf den Sandwich-Inseln und Cavite.

### Aus dem Gerichtssaal.

Im Liebesraub. Wegen Unterschlagung von 60 000 Mark antiker Gelder sowie Fälschung öffentlicher Urkunden hatte sich der Eisenbahnunterassistent Alfred Bese in Berlin vor dem Schwurgericht zu verantworten. Der Angeklagte, der seit 18 Jahren bei der Eisenbahnbehörde angestellt war, hatte sich in den ganzen Jahren seiner Dienstzeit nicht das geringste Verdächtige kommen lassen, bis es das Unglück wollte, daß er eines Tages in einer Singpielhalle die Bekanntschaft einer „Sängerin“ machte. Der sonst treuherzige Familienvater war plötzlich wie umgewandelt; von einer Leidenschaft erfaßt, opferte der 46jährige Mann seiner Sängerin alles, was er besaß, und vergriff sich schließlich auch an den ihm anvertrauten Geldern. Er überschaltete die „Dame“ mit wertvollen Brillantenschmuckstücken, verheiratete die Sängerin, bei dem die Braut 80 Mark kostete und schenkte seiner Geliebten viele Tausend Mark in bar, während seine Frau und die fünf Kinder darben. Schließlich erfolgte der Zusammenbruch. Der Vertreter der Anklage beantragte, dem Angeklagten die milderen Umstände zu verlagern, während die Verteidiger die Geschworenen baten, den Angeklagten nach einmal vor

dem Buchhaute zu bewahren. Die Geschworenen taten dies auch, indem sie ihm mildernde Umstände zubilligten. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis sowie 5 Jahre Ehrverlust.

### Bürgschaft für die Kriegsanleihen.

Dass die letzten Vorgänge in Deutschland, die Stimmungen, die sie auslösten, der umfassenden Verbearbeitung für die neuente Kriegsanleihe nicht gerade förderlich sein könnten, darüber herrschte wohl auf allen beteiligten und unbeteiligten Seiten von vornherein nicht der geringste Zweifel. Es hat natürlich keinen Zweck mehr Untersuchungen darüber anzustellen, ob sich für den letzten Kongress und alles, was damit zusammenhing, nicht ein geeigneterer Zeitpunkt hätte abwarten lassen; die Gewalt der historischen Entwicklung ist zuweilen gar nicht aufzuhalten, sie schreitet rücksichtslos über alle Klugheits- und Nützlichkeitsermägungen hinweg, und wer ihr erst einmal den kleinen Finger geriecht hat, den zieht sie bald widerstandslos hinter sich her. Das ändert aber alles nicht das geringste an der Notwendigkeit, auch die Reunte zu einem vollen Erfolge zu führen. Denn der Krieg geht weiter, trotz Friedensangebot und Waffenstillstandsgedäch; ob und wann er zum Stehen kommen wird, kann niemand wissen, und selbst wenn in dieser Beziehung hoffnungsvolle Ausichten beständen, müßten wir um so eher auch unsere finanzielle Nüftung bis zum letzten Augenblick unveriebrt erhalten, genau so wie die militärische, wenn wir nicht im Falle des Scheiterns etwaiger Verhandlungen schliechlich macht- und wehrlos unseren wohlgerüsteten Feinden gegenübersehen wösten.

Nach hier haben nun Regierung und Reichstag sich zusammengesetzt, um in feierlicher Erklärung den einmütigen Willen des deutschen Volkes bindend festzulegen. Man hat dafür die Form gefunden, daß unser Schatzsekretär Graf Noebern eine Zusammenkunft mit allen Führern der Reichstagsparteien veranstaltete, in der eine Aussprache über die Kriegsanleihe stattfand. Hier waren neben Zentrum und Nationalliberalen, neben Fortschrittlern und Sozialdemokraten auch die Konservativen und Konservativen vertreten, also nicht bloß die jetzt zur Macht gelangenen Mehrheitsparteien; nur auf Unabhängige und Polen war verzichtet worden. In dieser Besprechung erklärte der Staatssekretär: Wir brauchen einen guten Erfolg auch der rezenten Kriegsanleihe, denn die Kosten des Krieges kennen kein Nachlassen. Die Mittel für sie sind im Volke vorhanden, haben doch allein die Einzahlungen in den Sparkassen in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 4 1/2 Milliarden zugenommen gegen nur 2 1/2 Milliarden in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Weil unsere Feinde diesen Stand der Dinge sehr genau kennen, suchen sie durch Ausbreitung beunruhigender Gerüchte die Besinnungslosigkeit unwissender

oder schwankender Elemente zu erschüttern. Wie steht's damit? Jetzt nicht anders wie früher: die Anleihen sind gesichert, formell durch gesetzliche Bindung von Regierung und Reichstag, materiell durch die Arbeits- und Steuerkraft des ganzen deutschen Volkes. Unsere Kohlen- und Röhrlöhne, unsere Äder, Wälder und Wälder, unsere Eisenbahnen, Industrieanlagen, Grundstücke und Häuser, alles ist noch vorhanden, ungeschmälert durch vierjährige Kriegsdauer. Und das Volkseinkommen, das schon vor dem Kriege auf 40 Milliarden berechnet wurde, ist seitdem zweifellos noch erheblich gestiegen, so daß es auch den gewaltigsten Zinsdienst wird decken können. Daß daneben bei allen maßgebenden Faktoren auch der unbiegsame Wille vorhanden ist, für Deckung der Anleihen in voller Höhe durch entsprechende Besteuerung der tragfähigen Schultern zu sorgen, unterliegt nicht dem allergeringsten Zweifel; hat doch der Reichstag erst in diesem Sommer über 4 Milliarden an neuen Reichseinnahmen bewilligt, und er wird hier ebenso wie der Bundesrat auch fernerhin seine Pflicht zu tun wissen. Dabei sollen wie bisher schon alle Besitzer von Kriegsanleihe nicht nur nicht schlechter, sondern besser gestellt werden als diejenigen, die ihrer Zeichnungspflicht in diesen schweren Zeiten nicht nachgekommen sind. Bereits ist Vorfrage dafür getroffen, daß die Kriegsteuer in Kriegsanleihe gezahlt werden kann, daß der Umsatz in Kriegsanleihe von den niedrigsten Sätzen der Körperschaftsteuer getroffen wird, und daß bei Verkäufen aus den Heeresbeständen die Bezahlung mit Kriegsanleihe sogar der Verzinsung vorangehen soll. Ähnliche Vorrichtungen werden sich auch künftighin finden und einführen lassen. Wer endlich kleinere Beträge — bis zu zweitausend Mark — noch während des Krieges wieder käuflich machen muß, dem werden sie zum Ausgabekurs von allen Reichsbankanstalten abgenommen, im Notfalle sogar auch größere Summen. Es ist also nach allen Seiten Vorfrage und Sicherheit dafür getroffen, daß niemand, der dem Vaterland auch jetzt wieder gibt, was es braucht, dabei zu Schaden kommt; im Gegenteil, er kann und wird dabei nur gut fahren.

Die Parteiführer erklärten ihre volle Zustimmung zu allen diesen Ausführungen — und verstanden damit ihr Wort, bei der Einlösung der hier gegebenen Zusagen ihre volle Schuldigkeit tun zu wollen. So darf man allen, die dazu in der Lage sind, mit dem besten Gewissen empfehlen, sich auch diesmal an der Zeichnung von Kriegsanleihe nach Kräften zu beteiligen. Das Vaterland braucht unter Geld, wie es der starke Arme unserer Söhne und Brüder noch immer nicht entraten kann, wenn die teure deutsche Heimat nicht von den Schrecken des Krieges zerstört werden soll. Also muß jeder, der das Wort an dem rechten Fleck hat, wissen, was jetzt seine Pflicht ist.

### Volls- und Kriegswirtschaft.

\* **Schubwert für Kinder.** Die Reichsstelle für Schuhverfertigung ordnet an: Für Kinder bis zu 6 Jahren ist die Abgabebelastung über nur ein Paar gebrauchter Schuhe oder Stiefel, deren Sohle mindestens im Wert von 10 Pfennigen in der Vorderfläche ganz aus Leder besteht, innerhalb des Jahres seit Ausgabe des letzten ohne Abgabebelastung ausgetauschten Schuhbedarfscheines auf Antrag ein weiterer Schubbedarfschein auszustellen. Diese Verordnung ist zu lassen worden, weil Kinder schnell dem Schuhwert entziehen.

\* **Kundenlisten für Schuhe.** Die Reichsstelle für Schuhverfertigung schreibt: In zahlreichen Orten ist es den Besitzern von Schubbedarfscheinen kaum noch möglich, Schuhe zu erhalten, wenn sie sich nicht stundenlang vor den Geschäften anstellen oder dem Verkaufspersonal besondere Zuwendungen machen. Ein Mittel, diesen Mischständen zu begegnen, besteht in der Einführung von Kundenlisten. Jeder Besitzer eines Schubbedarfscheines hat sich bei einem Schuhwarenbesitzer unter Hinterlegung seines Scheines und unter Angabe von ihm gewünschten Art und Größe der Schuhe in die Liste einzutragen. Die Belieferung erfolgt in der Reihenfolge der Eintragungen, sobald geeignete Ware eintrifft. Reichsstelle für Schuhverfertigung hat den Kommunalbehörden die Einführung von Kundenlisten neuerlich dringend empfohlen. Es liegt jetzt an diesen, dafür zu sorgen, daß sie sich möglichst gezeigt haben, das Nötige zu ihrer Käufung unternommen wird.

\* **Selbst Sauerkraut einlegen.** Der Vorstand der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Obergewerbestat a. D., hat an alle Landes- und Bezirksgewerbestellen ein Rundschreiben gerichtet, worin es heißt: Der Bedarf der bewaffneten Heere an Sauerkraut aus der Ernte 1918 ist so hoch, daß die aller Voraussicht nach fast während der ganzen Einlesezeit vorwiegend für seine Deckung werden arbeiten müssen. Trotz dem günstigen Ausfall der Gemüsernte ist daher einiger Sicherheit leider damit zu rechnen, daß es nicht nur beschränkt, sondern in manchen Bundesstaaten Sauerkraut in einem zur Befriedigung der herkömmlichen Nachfrage der Bevölkerung ausreißenden Umfange zu überwiegen empfohlen werden muß. Die Verbraucher dazu anzubringen, daß sie sich die für die gemüsarmeren Monate benötigten Mengen von Sauerkraut bei dem gegenwärtig reichlichen Angebot von Frischweiskohl selbst einlegen.

\* **Die Verteilung der Zigaretten.** Zigarettenfabriken nach einer neuen Anordnung des Reichskanzlers nur nach Bestellungen der Deutschen Zentrale für Kriegslieferungen Zigaretten in Mengen verarbeitet werden. Bestellungen ergeben im Benehmen mit der Gesellschaft Zentrale bestimmt die Art der Erzeugnisse und die Mengen in denen die monatliche Erzeugung für Kriegslieferungen Verfügung zu stellen ist. Die Zentrale kann auf die Erfüllung verzichten. Als Kriegslieferung gilt nur die Ausführung der Aufträge, die durch die Zentrale vermittelt werden. Gesellschaft kann auf Antrag der Zentrale ausnahmsweise einzelne Hersteller die Verarbeitungsmengen vorübergehend erhöhen oder herabsetzen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchbäbel in Hachenburg.

J. Nr. St. 825. Marienberg, den 24. September 1918.  
Betreffend Veranlagung zur außerordentlichen Kriegsabgabe für 1918.

1. Nach dem Befehl über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918 vom 26. 7. 1918 R. G. Bl. S. 964 wird eine Abgabe vom Einkommen (Mehrereinkommen) und eine solche vom Vermögen erhoben.

2. Nach dem Befehl haben diejenigen Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen bei der Veranlagung für das Steuerjahr 1918 die Höhe von 14000 Mark erreicht hat, falls dasselbe gegen die Veranlagung für das Steuerjahr 1914 um mehr als 3000 Mark gestiegen ist, von dem Mehrereinkommen eine besondere Abgabe zu leisten.

3. Weiter haben diejenigen Personen, die ein steuerbares Vermögen von mehr als 100000 Mark besitzen, ebenfalls eine Kriegsabgabe zu leisten.

4. Bei der Vermögensabgabe ist der Vermögensstand maßgebend, wie er nach dem Besitzsteuergesetz auf den 31. Dezember 1916 festgestellt wurde. Nur wenn auf den 31. Dezember 1916 keine Feststellung des Vermögens stattgefunden hat, oder wenn das Vermögen im Kalenderjahr 1917 um mehr als 5000 Mark durch Erbschaften, durch Lehen, Fideikommiss- oder Stammgutanfall, infolge Vermögensübertragung oder auf andere Weise aus dem Nachlaß eines Verstorbenen von Tode wegen, ferner durch Schenkung oder durch eine sonstige ohne entsprechende Gegenleistung erhaltene Zuwendung sich vermehrt hat, oder wenn der Abgabepflichtige nachweist, daß sich sein Vermögen gegenüber dem Stande vom 31. Dezember 1916 um mehr als den fünften Teil vermindert hat, dann ist das Vermögen nach dem Stand vom 31. Dezember 1917 festzustellen. Alle Veränderungen nach dem 31. Dezember 1917 sind nicht zu berücksichtigen.

Wenn ein Steuerpflichtiger bei der Veranlagung für 1914 nach einem besondern hohen Einkommen veranlagt ist, dann kann er gemäß § 4 des Gesetzes beantragen, daß bei der Vergleichung seines Friedenseinkommens der Durchschnitt, der für die Jahre 1912, 1913 und 1914 veranlagte Einkommen festgelegt wird.

5. Ist bei der Veranlagung zur Einkommensteuer für das Steuerjahr 1918 ein Einkommen angerechnet worden, das aus Schenkungen, Erbschaften usw. herrührt, die vor dem 1. Januar 1918 zugefallen sind, das aber bei der Veranlagung für das Steuerjahr 1914 nicht berücksichtigt war, so ist auf Antrag 5 Prozent von dem zugefallenen Vermögen als Einkommen dem veranlagten Einkommen von 1914 zuzurechnen.

6. Ist die persönliche Einkommensteuerpflicht nach dem 1. April 1914 eingetreten, so gilt als veranlagtes Einkommen vor dem Kriege der nach einer Verzinsung von 5 vom Hundert bemessene Jahresertrag des bei Eintritt der Steuerpflicht nachweislich vorhandenen Vermögens, oder das von dem Abgabepflichtigen nachgewiesene höhere Einkommen, das er im Jahre 1913, oder im Durchschnitt der Jahre 1911, 1912 und 1914 tatsächlich gehabt hat.

7. Bei Abgabepflichtigen, die Gesellschafter einer inländischen Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind und mindestens ein Viertel des Stammkapitals besitzen, bezw. die Gesellschafter, die zurinader im Verhältnis von Ehegatten, von Verwandten in gerader Linie, von Geschwistern oder Erben von Geschwistern stehen und zusammen mindestens die Hälfte des Stammkapitals besitzen, bleiben auf Antrag die Abgabebeträge unerschoben, die verhältnismäßig auf die Mehreinnahmen aus Geschäftsanteilen solcher Gesellschaften entfallen. Als Mehreinnahme gilt der in dem veranlagten Einkommen für 1918 eines Abgabepflichtigen enthaltene einseitige Betrag, der von einer Gesellschaft über den Durchschnitt der nach § 17 Abs. 1 des Kriegssteuergesetzes vom 21. 6. 1916 in Betracht kommenden Jahre hinaus oder falls die Gesellschaft noch kein volles Jahr vor dem Kriegsjahr bestanden hat, über eine 6 Prozent Dividende hinaus als Gewinn verteilt worden ist.

8. Diejenigen abgabepflichtigen Personen, die Anträge der vorstehenden, in Ziffer 4—8 näher bezeichneten Fälle zu stellen haben, ersuche ich dieselben bis spätestens den 10. Oktober d. J. bei mir schriftlich einzureichen und sie eingehend zu begründen.

Der Vorsitzende der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission des Oberwiesenthaler Kreises.

Wiesbaden, den 2. 10. 1918. Der Bürgermeister.

Die Personenstandsaufnahme für die Steuerveranlagung 1919 findet am Dienstag, den 15. d. M. statt. Die Haushaltungslisten werden vorher zugestellt und sind sorgfältig und genau auszufüllen. Am 16. werden sie wieder abgeholt und müssen dann fertig ausgefüllt bereit liegen.

Es wird noch auf Folgendes besonders aufmerksam gemacht: Nach § 23 des Einkommensteuergesetzes ist jeder Besitzer eines bewohnten Grundstückes oder dessen Stellvertreter verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenstandes betrauten Beamten, die auf dem Grundstück wohnenden Personen mit Namen und Beruf oder Gewerbe anzugeben. Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Stellvertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

Wer die von ihm geforderte Auskunft verweigert, oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gestellten Frist garnicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft.

Hachenburg, den 11. 10. 1918. Der Bürgermeister. J. V. Carl Bidel, 1. Weigerbometer.

Am Samstag, den 12. Oktober 1918, nachmittags von 1 bis 5 Uhr findet in dem Geschäft von Otto Schulz Butterverkauf statt und zwar wie folgt:

von 1—2 Uhr Fetttarte Nr.	1—125
" 2—3 "	" 126—250
" 3—4 "	" 251—375
" 4—5 "	" 376—Schluß.

Preis pro Pfund 4,30 M.  
Hachenburg, den 11. 10. 1918. Der Bürgermeister.

### Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe

werden kostenfrei entgegengenommen bei unserer Hauptkasse (Rheinstraße 44), den sämtlichen Landesbankstellen und Sammelstellen, sowie den Kommissaren und Vertretern der Hessian-Nassauischen Lebensversicherungsanstalt.

Für die Aufnahme von Lombard-Kredit zwecks Einzahlung auf die Kriegsanleihen werden 5 1/2 % und, falls Landesbank-Schuldverschreibungen verpfändet werden, 5 % berechnet.

Sollten Guthaben aus Sparkassenbüchern der Nassauischen Sparkasse zu Zeichnungen verwendet werden, so verzichten wir auf Einhaltung der Kündigungsfrist, falls die Zeichnung bei unseren vorgenannten Zeichnungsstellen erfolgt.

Die Freigabe der Spareinlagen erfolgt bereits zum 30. September d. J., sodaß für den Sparer kein Zinsverlust entsteht.

Zeichnern, denen sofortige Lieferung von Stücken erwünscht ist, geben wir solche der VII. Kriegsanleihe aus unseren Beständen, ab und zeichnen diese Beträge wieder auf IX. Kriegsanleihe für eigene Rechnung.

### Kriegsanleihe-Versicherung.

3 Versicherungsmöglichkeiten mit Anzahlung — ohne Anzahlung — mit Prämienvorauszahlung und Rückerstattung der unverbrauchten Prämien im Todesfalle.

Verlangen Sie unsere Drucksachen! (Mitarbeiter für die Kriegsanleihe-Versicherung überall gesucht.)

Wiesbaden, im September 1918.

Direktion der Nassauischen Landesbank.

### Alle Forderungen

an die Vereinslazarette Hachenburg und Marienberg bis zum 20. Oktober 1918 geltend zu machen.

Später einlaufende Rechnungen werden nicht berücksichtigt.

### Neu eingetroffen!

### Regulateure, Taschenuhren

3 Jahre Garantie in guter Qualität und billiger Preislage.

Hugo Backhaus, Hachenburg Uhren- und Goldwarenhandlung.

### Schirme zum Reparieren

nimmt an Heinrich Grimschl Altentkirchen.

### Berlorn

auf dem Wege nach dem Kirchhofe ein weißer Kaffeekessel (Becken Belohnung abgegeben der Geschäftsstelle d. H.)

### Erwachsene und jugendliche Arbeiterinnen

in dauernde Beschäftigung gesucht.

Gustav Berger & Co. Hachenburg.

### Zur Erlernung des Kleidermachens

ein junges Mädchen (am liebsten vom Lande) eine Gehilfin sofort oder später eintreten. Die Geschäftsstelle d. H.

### Ein Monatswäsche

für Hausarbeiten gesucht. H. Hachenburg.

Landes-Särge Nr. 50, an allen Ausführungen per Bahn.

Hachenwäsche aller Art stets vorräthig.